

Aus dem Kreis Potsdam-Mittelmark

Der Bürger im Mittelpunkt des Denkens?

Die herrschende Politik vergisst den Menschen. Chancengerechtigkeit und demokratische Teilhabe sind bei weitem nicht für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Potsdam-Mittelmark gesichert. Realitäten, besonders die im ländlichen Raum, werden dem Gesetz angepasst, Akzeptanzprobleme lassen sich feststellen. Das sture Festhalten an Gesetzen zeigt, dass die Politik im Landkreis mehr und mehr kapituliert.

Ein Beispiel, das momentan allen unter den Fingernägeln brennt, ist das Bildungssystem - zunehmend ein Bildungschaos. Demografische Veränderungen bedeuten für die Bildungspolitik eine große Herausforderung - vor denen man sich lieber drückt. Schülerzahlen sinken in einigen Regionen geradezu dramatisch - das Schulgesetz reagiert nicht darauf.

Es gilt die schulische Grundversorgung zu sichern, und dies im ganzen Lande, dafür setze ich mich ein. Der Weg, den

Bildung hat politische Priorität und muss finanziert werden

das Staatliche Schulamt Brandenburg in Potsdam-Mittelmark gegangen ist, ist der falsche. Drei von vier Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe - Belzig, Ziesar und Lehnin - werden über kurz oder lang zu Oberschulen degradiert. Damit wurde fast ein kompletter Bildungsgang ausgelöscht. Ein Schuldirektor teilte mir bedrückt mit; „Es wird bald nur noch zwei Schultypen geben, der eine führt zum Studium, der andere in die Arbeitslosigkeit.“ Ist das so gewollt, frage ich die politischen Verantwortlichen?

Warum wird das Schulgesetz nicht den Gegebenheiten des dünn besiedelten ländlichen Raumes angepasst? Wir brauchen ein flexibles Gesetz, welches die Bedingungen im „Speckgürtel“ und im äußeren Verflechtungsraum berücksichtigt.

Pünktlich zum Ferienanfang wurde die Genehmigung zur Einrichtung neuer 11. Klassen an diesen drei Schulen verweigert. Pünktlich zum Schulanfang erklärt Bildungsminister Rupprecht, dass ab dem Schuljahr 2009/2010 die Schulen im ländlichen Raum nur noch 40 Schüler pro Jahrgang benötigen. Damit soll auf den demografischen Wandel reagiert werden - doch warum erst in zwei Jahren? Welch

ein Wandel des Ministers und welch ein Hohn für die jetzt betroffenen Schüler und Eltern.

Potsdam-Mittelmark ist ein Landkreis mit guten wirtschaftlichen Daten. Auch bundespolitisch werden derzeit Steuermehreinnahmen in Größenordnungen erzielt. Dies ist Anlass zur Freude und bietet die Chance auf Haushaltskonsolidierung sowie politische Gestaltung. Dazu gehören meiner Meinung nach der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder, die Wiedereinführung der kostenlosen Schülerbeförderung sowie einer kostenlosen Verpflegung für Kita- und Schulkinder. Alle politischen Ebenen tragen dafür Verantwortung.

Damit komme ich zu einem weiteren Problem. Gute Ausbildung darf nicht abhängig vom Einkommensstatus der Eltern sein. Daher fordere ich einen kommunalen Schulmittelfonds für Schüler aus einkommensschwachen Familien. In Potsdam-Mittelmark betrifft dies ca. 2000 Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommt die Dunkelziffer von Familien, die an der Armutsgrenze leben, aber keine Leistungen beantragen. Das solch ein Fonds keine bloße Phantasterei, sondern bereits Realität ist, zeigen Kommunen, die pro Schuljahr und Kind zahlen; Oldenburg (50 Euro) und Chemnitz (25 Euro). In Osnabrück gibt es zu Beginn des ersten, fünften und elften Schuljahres einen Zuschuss von 50 Euro. München zahlt für Erstklässler von Hartz-IV-Empfängern 100 Euro. Auch in der Bundeshauptstadt Berlin, im Abgeordnetenhaus, in der Landeshauptstadt Potsdam und bei der GEW wird momentan über einen Zuschuss für Schulkinder aus einkommensschwachen Familien nachgedacht. Grundsätzliches Ziel muss es sein, allen Kindern den Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Auch dafür tragen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker Verantwortung.

Bildung aller im Landkreis hat politische Priorität und muss entsprechend finanziert werden. Bildungspolitik ist eine Zukunftsaufgabe und kein Steinbruch für Haushaltskonsolidierung. Es ist Zeit zum Handeln. Wir müssen wieder die Menschen in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stellen.

Diana Golze, MdB
Fraktion DIE LINKE

Nichteröffnung von 11. Klassen

Wegen Nichterreichung der Mindestschülerzahlen (60) wurden an den Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe in Belzig, Lehnin und Ziesar keine 11. Klassen errichtet und damit das Aus dieser Schulform eingeleitet. Will das Bildungsministerium diese Schulform planmäßig „vom Netz nehmen“? Minister und Schulräte bestreiten dies mit Nachdruck, aber glaubwürdig erscheint das Handeln nicht und Nachfragen sind erlaubt:

1. Warum eröffnet man mit ca. 150 Absolventen der 10. Klassen nicht wenigsten zwei 11. Klassen und sichert so den Erhalt einer Schule?
2. Warum werden in Ziesar plötzlich Schüler aus Sachsen-Anhalt, die im Umkreis von 10 km vom Schulstandort wohnen, nicht mitgezählt?
3. Warum wird das Anwahlverhalten von Eltern und Schülern mit Androhungen von Konsequenzen beeinflusst?
4. Warum werden die sachlichen Argumente von Eltern, Schülern, Lehrern und die 2800 Unterschriften von Bürgern in den Wind geschlagen?
5. Warum wird ein einstimmiges Votum des Kreistages PM zur Sicherung von Schulen im ländlichen Raum nicht gehört?
6. Warum verkündet der Bildungsminister am 1. Schultag nach den Sommerferien in den Medien, dass er mit kleineren Klassen Schulen im ländlichen Raum erhalten will, aber erst ab Schuljahr 2009/2010?

2007 sind im Land Brandenburg 39 Schulen gestorben. Jede Schule hat für sich allein gekämpft und verloren.

Ich bin der Meinung, dass Aktionen künftig gebündelt werden müssen.

Das sollten unsere Bildungsexperten der Landtags- und Kreistagsfraktionen sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Schule der Linkspartei übernehmen, weil wir diese Aufgabe nicht den Eltern oder Schülern übertragen können. Hier ist politische Führungstätigkeit gefragt.

Der Kreistag und die Gemeindevertretungen der Orte Belzig, Ziesar und Lehnin sollten jetzt schnellstens ein Konzept entwickeln, das zumindest einen Schulstandort sichert und das von allen Beteiligten mitgetragen wird.

Bernd Lachmann
Kreistagsabgeordneter DIE LINKE